

## Niederschrift



Gremium: **26. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses**  
Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 20.01.2011**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**  
Beginn: 14:00 Uhr Ende: 16:32 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

**Mitglieder:**

Peter Baumeister  
Hansjörg Durz  
Ulrike Höfer  
Annegret Kirstein  
Rudolf Lautenbacher  
Gerhard Mößner  
Franz Neher  
Alfred Sartor  
Jürgen Schantin  
Joachim Schoner  
Franz Settele  
Robert Wittmann

Vorsitz ab 16:15 Uhr

**Vertreter:**

Pius Kaiser  
Robert Steppich

Vertretung für Henriette Kirst-Kopp  
Vertretung für Stefan Steinbacher

**Verwaltung:**

Sigrid Hausotter  
Jürgen Lutz  
Jürgen Pabel  
Karl Rohrmoser  
Frank Schwindling  
Martin Seitz

**Weitere Anwesende:**

Alois Haugg, Architekt, zu TOP 1  
Martin Wiedemann, Ingenieurbüro Wimmer, Neusäß, zu TOP 1

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Hochbau  
Erweiterung der Realschule Bobingen,  
Bericht über den aktuellen Planungsstand zur  
Innenraumausstattung (Bemusterung Bodenbeläge, Türen)  
Vorlage: 10/0332
2. Hochbau;  
Neubau Mittags- und Ganztagesbetreuung Realschule Zusmarshausen  
Bericht zum aktuellen Planungsstand aufgrund neuer Erkenntnisse  
durch das Baugrundgutachten  
Vorlage: 10/0339
3. Tiefbau  
Bericht über den aktuellen Sachstand Winterdienst  
Vorlage: 10/0333
4. Abwicklung des Kreishaushalts;  
Sachstandsbericht der Sachgebiete 61 und 62  
Vorlage: 10/0334
5. Kreishaushalt 2011 - 2. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs  
Vorlage: 10/0343
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

8. Hochbau - Auftragsvergabe  
Erweiterung und Generalsanierung des Staatlichen Gymnasiums Königsbrunn  
Gewerk: Baumeisterarbeiten III  
Vorlage: 10/0336
9. Hochbau  
Neubau der Helen-Keller-Schule Dinkelscherben;  
Sachstandsbericht zu den Streitfällen "Setzungsproblematik"  
Vorlage: 10/0337
10. Hochbau  
Sanierung des Großen Sitzungssaals im Dienstgebäude des Landratsamtes;  
Bericht zum aktuellen Projektstand  
Vorlage: 10/0338
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

Vor Eintritt in die Beratungen informiert **Landrat Sailer** darüber, dass Tagesordnungspunkt 9 (Sachstandsbericht Setzungsproblematik Helen-Keller-Schule Dinkelscherben) aufgrund eines anderweitigen Termins des Referenten auf eine der nächsten Sitzungen vertagt werden soll.

Hiermit besteht seitens des Bau- und Umweltausschusses Einverständnis.

### Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Hochbau  
Erweiterung der Realschule Bobingen,  
Bericht über den aktuellen Planungsstand zur  
Innenraumausstattung (Bemusterung Bodenbeläge, Türen)  
Vorlage: 10/0332**

### Sachverhalt:

Im Rahmen der Baumaßnahme „Erweiterung der Realschule Bobingen“ wurde vom Architekturbüro Haugg aus Bobingen, das Material- und Farbkonzept der Innenausstattung erarbeitet. Im Planungskonzept sind insbesondere folgende Ausstattungen vorgesehen:

Aufgrund eines hohen Installationsgrades unter den Geschoßdecken sind flächig in allen Klassenräumen abgehängte **Decken** vorgesehen. Diese sind akustisch speziell auf die entsprechenden Anforderungen in Schulen abgestimmt. In Nebenräumen sollen Gipskartondecken eingebaut werden.

Als Bodenbeläge werden in den Unterrichtsräumen PVC-**Böden** verlegt. Diese rufen keine Ausdünstungen hervor und wurden zu 75% aus natürlichen bzw. erneuerbaren Rohstoffen hergestellt und sind zu 100 % wiederverwertbar. Eine Renovierung ist durch aufpolieren möglich. Der Vorteil liegt hier bei den geringen Unterhaltskosten. In den Elternsprechzimmern und im Silentium-Raum ist Kugelgarn vorgesehen. Die WC-Räume werden gefliest. Das Treppenhaus wird mit Naturstein ausgestattet.

Aufgrund der Kosteneinsparungen in den vorhergehenden Ausschreibungen wird seitens des Architekturbüros empfohlen die **Türen** in Holz auszuführen, und ein Oberlicht für eine zusätzliche Belichtung der Flure mit Tageslicht vorzusehen.

In den Unterrichtsräumen ist eine Ausstattung mit **Garderoben/Ablagen** mit zusätzlichem Schrankelement entlang der Wand zum Flur geplant. Darüber hinaus werden akustisch wirksame **Pinnwände** gegenüber der Tafel angebracht.

Die Vorstellung des Material- und Farbkonzeptes der Innenausstattung sowie der entsprechenden Kostenberechnung erfolgt durch Herrn Alois Haugg Architekt BDB in der Sitzung.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH: 2011 HhSt. 1.2201.9452
			€ 415.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
3.265.000 €	€	2.352.000 €	913.000 €

**Bemerkungen:**

Im Haushaltsjahr 2009 wurde die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 850.000 € verbraucht. Im Haushaltsjahr 2010 ist ein Ansatz in Höhe von 1.500.000 € vorgesehen. In der Finanzplanung sind für das Haushaltsjahr 2011 415.000 € sowie eine VE in Höhe von 500.000 € und für das Haushaltsjahr 2012 500.000 € eingeplant.

**Herr Schwindling** erinnert daran, dass dem Bau- und Umweltausschuss die Pläne für die Grundrisse und Fassaden bei Genehmigung des Raumprogramms bereits vorgestellt wurden. Nachdem es bei der Baumaßnahme keinen projektbegleitenden Arbeitskreis gebe, soll dem Bau- und Umweltausschuss heute das Material- und Farbkonzept vorgestellt werden.

Die Vorstellung des Projekts erfolgt anschließend durch den Architekten, **Herrn Haugg**. Hierzu wird auf die der Niederschrift beigefügten Anlagen verwiesen.

**Kreisrat Durz** erklärt, der Konzeption könne grundsätzlich zugestimmt werden. Er verweist allerdings noch auf die Vorlage sowie auf die Ausführungen von Herrn Haugg, wonach jetzt empfohlen werde, die Türen in Holz auszuführen und zusätzlich Oberlichter einzubauen. Kreisrat Durz fragt nach, in welchem Umfang es Kosteneinsparungen gegeben hat, welche Kosten für die Einrichtung der zusätzlichen Oberlichter sowie für die Ausführung in Massivholz anfallen und welche Lösung vorher vorgesehen war.

**Herr Haugg** berichtet, es seien vorher Stahlzargen vorgesehen gewesen. Das Oberlicht war schon immer geplant und auch in den Kosten enthalten. Der Unterschied bestehe lediglich darin, dass anstelle der Stahlzargen nun Holzzargen zur Ausführung kommen. Die Preisdifferenz liege bei ca. 100 € pro Tür. Insgesamt handle es sich um 20 – 25 Türen. Vergeben seien jetzt Aufträge in Höhe von 1,7 Mio. €, so dass aufgrund der Schätzkosten von 2,15 Mio. € momentan noch Luft in Höhe von 450.000 € bestehe.

Im Moment sind laut **Herrn Schwindling** ca. 78 % der Bauleistungen ausgeschrieben.

Von **Kreisrat Sartor** wird hinterfragt, ob es von der Nutzung her wirklich zweckmäßig sei, die Zargen aus Holz zu machen.

**Herr Haugg** teilt mit, dass auch in den Realschulen Meitingen und Neusäß Holz verwendet wurde. In Bobingen seien bisher Stahlzargen vorhanden. Dies hänge mit den damals verwendeten Systemwänden zusammen.

Anschließend präsentiert **Herr Wiedemann** vom Büro Wimmer die Planung für das Gewerk „Heizung/Lüftung/Sanitär“ und beantwortet hierzu letztendlich Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses fassen daraufhin folgenden

### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt dem vom Architekturbüro Alois Haugg vorgestellten Material- und Farbkonzept zu.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Planung „Heizung, Lüftung, Sanitär“ des Ingenieurbüros Wimmer, Neusäß, zustimmend zur Kenntnis.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2 Hochbau;  
Neubau Mittags- und Ganztagesbetreuung Realschule Zusmarshausen  
Bericht zum aktuellen Planungsstand aufgrund neuer Erkenntnisse  
durch das Baugrundgutachten  
Vorlage: 10/0339**

### Sachverhalt:

Der bisherige Bauentwurf sieht eine Teilunterkellerung mit Lichtgraben vor. Diese Teilunterkellerung wurde geplant, um dringend erforderliche Lagerräume zu schaffen und für die Übergangszeit auch hier 2 Klassen unterbringen zu können.

Aus dem Baugrundgutachten des Ingenieurbüro Dr. Ulrich geht nun hervor, dass das Grundwasser incl. Sicherheitszuschlag bei OG Gelände anstehen kann. Aus diesem Grund ist für das Untergeschoss eine wasserdichte Konstruktion vorzusehen.

Um auch die hohen Anforderungen an den Energiestandard erfüllen zu können, scheidet eine sogenannte Weiße Wanne aus Stahlbeton aus, da in diesem Fall eine dichte und damit thermisch nicht getrennte Konstruktion erforderlich ist.

Als Lösung wird eine dauerhaft wasserdichte Baugrube, bestehend aus dichten Spundwänden in Verbindung mit einer wasserdichten Bodenplatte, vorgeschlagen. Durch den Einbau von Pumpen soll zudem sichergestellt werden, dass sich im Lichtgraben kein Oberflächenwasser anstauen kann. Diese Art der Ausführung würde Mehrkosten von rd. 330.000,00 € zzgl. Honorarkosten für die Planung verursachen. Dies lässt sich aus Sicht der Bauverwaltung wirtschaftlich nicht mehr vertreten.

Als Planungsvarianten erscheinen daher 2 Möglichkeiten sinnvoll:

1. Ersatzloser Verzicht des Kellergeschosses, mit der Folge, dass keine neuen Lager-räume errichtet werden, aber auch 2 Klassenräume weniger für die Übergangszeit zur Verfügung stehen. Dies kann eventuell durch Container kompensiert werden, oder durch Anmietung von Räumen in der Grund- und Hauptschule.
2. Umplanung der erdgeschossigen Raumstrukturen und Schaffung weiterer Hauptnutz-flächen für 2 Klassen – hierdurch muss eventuell der Hartplatz verlegt werden.

Die Variantenübersichten mit den entsprechenden Kostenangaben werden vom Architektur-büro C18 erarbeitet und in der Sitzung vorgestellt.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. 1.2206.9452/ 9351 750.000 € 100.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):  2.850.000 €		Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:  <input type="checkbox"/> keine  €	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:  2.070.000 €
		Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):  780.000 €	

Bemerkungen:

**Herr Schwindling** stellt den Sachverhalt dar und erläutert die Planungsvarianten. Er weist ferner auf die ausgeteilte Tischvorlage, in der eine tabellarische Gegenüberstellung der Varianten enthalten ist. Herr Schwindling empfiehlt dem Bau- und Umweltausschuss anschließend die Realisierung der Variante C.

Von **Kreisrat Baumeister** wird festgestellt, dass vor einigen Jahren an der Stelle die Realschule gebaut wurde, weshalb er wissen möchte, ob die Situation mit dem Grundwasser nicht bekannt gewesen sei.

Bei der Realschule wurden laut **Herrn Schwindling** nur die Installationsflure als weiße Wanne gebaut. Der Grundwasserstand habe nicht unterhalb der Grasnarbe, sondern deutlich tiefer gelegen. Beim Bau der Turnhallenerweiterung musste eine Wasserhaltung bei der Baugrube gemacht werden. Dies hing aber mit dem dort aufgetretenen Hangschichtwasser zusammen.

**Kreisrat Sartor** betont, es sei ungewöhnlich, dass nach Abschluss der Planungen Grundwassergutachten gemacht werden. Er fragt nach, von welchen Kosten bisher ausgegangen wurde. **Herr Schwindling** teilt mit, der Haushaltsansatz habe ursprünglich 2,6 Mio. € betragen. Im letzten Bau- und Umweltausschuss wurden laut **Herrn Rohmoser** zusätzlich 250.000 € für Kanalverlegungen und die Verlegung eines Hartplatzes bewilligt. Der Ansatz lag somit insgesamt bei 2.850.000 €.

**Kreisrat Sartor** merkt an, nun habe man keinen Keller mehr, sondern eine oberirdische Nutzung bei fast gleicher Fläche, was nur etwas teurer komme.

Von **Kreisrat Neher** werden die in der Sitzung am 9. November vorgelegten Szenarien angesprochen, woraus eine Summe von 2,5 Mio. € hervorgeht. **Herr Seitz** weist darauf hin, dass hierin der Betrag in Höhe von 100.000 € für die Einrichtung rechnerisch noch nicht berücksichtigt gewesen sei.

**Herr Schwindling** legt dar, dass die Variante C auf Kosten der dienenden Flächen für die Küche gehe. Es werde davon ausgegangen, dass in dieser Küche nicht gekocht werden könne, sondern es sich um eine Andienküche handelt. Man müsse aufgrund dieser Situation und unter Kostengesichtspunkten nun gewisse Einschränkungen in der Nutzung in Kauf nehmen. Was die reduzierten Flächen anbelange, so wurde bei den Nebennutzflächen zugunsten der Hauptnutzflächen gespart.

Auf Bitte von **Kreisrat Durz** erläutert **Herr Seitz** nochmals die Haushaltssituation. Der ursprünglich vorgesehene Ansatz für 2011 wurde aufgrund der in der letzten Sitzung vorgenommenen Änderungen bereits um 250.000 € auf 750.000 € erhöht. Insgesamt ergebe sich – ohne die heute erkennbaren Veränderungen – ein Gesamtbetrag von 2,85 Mio. € einschließlich Einrichtung.

Die eigentliche Differenz zur Planungsvariante C beträgt laut **Landrat Sailer** somit rd. 200.000 €. Die Baumaßnahme werde nun hoffentlich zügig umgesetzt. Es sollte das Ziel sein, im Oktober den Spatenstich zu machen.

**Kreisrat Baumeister** führt aus, dass die Variante C sicherlich die wirtschaftlichste Lösung sei, weil man durch einen geringen Mehraufwand von rd. 150.000 € zwei zusätzliche Klassenzimmer bekomme. In diesem Fall mache es Sinn, nochmals in den sauren Apfel zu beißen und weitere 150.000 € draufzulegen.

### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Bericht zum aktuellen Planungsstand aufgrund neuer Erkenntnisse durch das Baugrundgutachten bei der Baumaßnahme „Neubau einer Mittags- und Ganztagsbetreuung für die Realschule Zusmarshausen“ zur Kenntnis. Der Planungsvariante C wird zugestimmt. Der Haushaltsansatz wird im Zuge der Haushaltsberatungen entsprechend der Kostenberechnung angepasst.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 3 Tiefbau</b> <b>Bericht über den aktuellen Sachstand Winterdienst</b> <b>Vorlage: 10/0333</b>
---

Anlagen: Pressemitteilung

### Sachverhalt:

Die Ausgaben für die Durchführung des Winterdienstes (HhSt. 6500.5135) beliefen sich im Haushaltsjahr 2010 auf insgesamt rund 590.000 €. Davon ausgehend wurde in den Entwurf des Kreishaushalts 2011 ein aufgrund ungünstiger Wetterprognosen fortgeschriebener Ansatz in Höhe von 465.000 € aufgenommen.

Aufgrund des frühen und schneereichen Winters wurden vermehrt Winterdienstfahrten erforderlich. Dies hat auch zu einem stark erhöhten Salzverbrauch geführt. Der Lagerbestand war bereits im Dezember 2010 verbraucht, dies ist bislang noch nie vorgekommen. Diese Situation spiegelt sich jedoch in sämtlichen Bauverwaltungen/Bauhöfen wieder.

Bei einer ersten Nachbestellung wurden 500 Tonnen für den Bauhof Diedorf und 400 to für den Bauhof Schwabmünchen bestellt. Aufgrund eines Lieferengpasses wurden nur 400 to für den Bauhof Diedorf und 200 to für den Bauhof Schwabmünchen geliefert. Nach Mitteilung der Firma SWS Winterdienst vom 13.12.2010 wird die Restbestellung von 100 to für den Bauhof Diedorf und 200 to für den Bauhof Schwabmünchen noch im Dezember geliefert. Eine nächste Bestellung ist erst ab der KW 2 im Januar 2011 möglich. Die Lagerbestände bei SWS aus dem Sommerlager von 80.000 to sind bereits aufgebraucht. Die Neuherstellung bei einer Tagesleistung von bis zu 8.500 to reicht noch nicht einmal für die Bereitstellung von Streusalz für die höher klassifizierten Straßen, wie Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen, aus. Auch bei anderen Anbietern sind die Salzbestände bereits aufgebraucht.

Aufgrund der derzeitigen Situation wurden im Landkreis Augsburg folgende Maßnahmen getroffen. Es wurden bereits 800 to Splitt beschafft, darüber hinaus stehen 400 to Splitt auf Abruf bereit. Seither wird ein Mischverhältnis Splitt zu Streusalz von 2 zu 1 ausgestreut. Der Winterdienst wurde auf 1 Fahrt sowie zusätzlichen Fahrten lediglich an den Gefahrenschwerpunkten beschränkt. Dies wurde bereits in der Presse verkündet. Die Kapazitäten werden etwa bis Mitte Januar aufgebraucht sein.

Eine Kontaktaufnahme mit anderen Landkreisen hat ergeben, dass es in sämtlichen Nachbarlandkreisen, auch bei Vorliegen einer Kooperation mit dem Staat, zu Lieferengpässen gekommen ist und momentan keine Salzlieferrung möglich ist. Bei den Staatlichen Meistereien werden die zur Verfügung stehenden Liefermengen bereits kontingentiert. Das bedeutet, dass selbst der Staat, der bevorzugt für seine Autobahnen und Bundesstraßen beliefert wird, nicht mehr mit der zur Verfügung stehenden Salzmenge auskommt und Prioritäten setzen muss.

Es wird auch in den Nachbarlandkreisen auf ein Mischverhältnis von Splitt und Streusalz umgestellt. Hier besteht ebenfalls ein Bedarf an Splitt, was zur Folge hat, dass auch Splitt bald Mangelware sein wird. Bei einem Splitt-Salzgemisch entstehen leider auch Nachteile. Die Verkehrssicherheit kann nicht in gewohntem Maße sichergestellt werden. Darüber hinaus entsteht eine Feinstaubbelastung durch die Kornzertrümmerung. Es ist auch mit hohen Reinigungskosten im Frühjahr sowie mit einer erhöhten Abnutzung der Straßen und Geräte, wie beispielsweise von den Schürfleisten der Pflüge, zu rechnen.

Ein Lösungsansatz zur Reduzierung des Risikos von Salzlieferrngpässen könnte sich wie folgt darstellen: Da die Salzlieferanten ihre Kapazitäten nicht erhöhen, besteht lediglich die Möglichkeit, die Lagerkapazität des Landkreises Augsburg durch Anmietung oder Neubau einer Lagerhalle um ca. 1000 to auszubauen. Derzeit stehen eine Salzhalle in Schwabmünchen mit einer Lagerkapazität von ca. 700 to und eine Salzhalle in Diedorf mit einer Lagerkapazität von ca. 900 to sowie ein Salzsilo in Nordendorf mit einer Lagerkapazität von 75 to zur Verfügung. Bei einem milden Winter wie in den Jahren 2000/2001, 2006/2007 und 2007/2008 reichten die Lager für den Winter, mit Ausnahme des Salzsilos in Nordendorf, aus. Bei den restlichen Wintern der letzten 10 Jahre schwankte die notwendige Streumenge vom 1- bis 3-fachen der Lagerkapazität. Der mittlere Salzverbrauch der letzten 12 Jahre beläuft sich auf ca. 2380 to. Bei einer Lagerung einer zu großen Menge besteht die Gefahr, dass das Salz verklumpt und dadurch unbrauchbar wird. Dies ist in der Regel bei einer Lagerzeit von mehr als 2 Jahren der Fall.

Für die Beschaffung von Streusalz wird jeweils zur Mitte des Jahres die freie Lagerkapazität in den Bauhöfen ermittelt. Nach Anfrage bei mind. 3 Anbietern wird bei dem günstigstem das



Streusalz zum Sommerpreis bestellt. Bei der Preisanfrage wird gleichzeitig der etwas höhere Winterbezugspreis mit angeboten. Zu diesem Preis werden je nach Bedarf und Verbrauch die Lager im Winter aufgefüllt. Bislang kam es bei diesem Verfahren in der Regel zu Wartezeiten von ca. 2-5 Tagen zwischen der Bestellung und Lieferung. Im letzten Winter kam es im Bereich Schwabmünchen zu Lieferschwierigkeiten mit einer entsprechenden Salzknappheit. Diese konnte nur durch kurze Einschränkungen bei der gestreuten Menge und durch Aushilfe einer anderen Meisterei überbrückt werden. Für den Winter 2010/2011 wurde als günstigste Variante ein Ganzjahrespreis, der bis Ende März 2011 festgeschrieben ist, vereinbart.

**Herr Schwindling** erläutert den Sachverhalt.

**Kreisrat Mößner** stellt fest, dass haushaltstechnisch der Durchschnitt der letzten drei Jahre als Ansatz herangezogen wurde. Um die Kapazität im Falle einer Hallenanmietung bzw. eines Hallenneubaus festzulegen, sollte jedoch der durchschnittliche Salzverbrauch der vergangenen 15 – 20 Jahre berücksichtigt werden. Kreisrat Mößner gibt außerdem zu bedenken, dass man einfach nicht für alle Eventualitäten gewappnet sein könne.

An Herrn Lutz richtet Kreisrat Mößner die Frage, ob es schon Ergebnisse im Hinblick auf die Abstufung von Kreisstraßen gibt. Eventuell müsse künftig weniger gestreut werden.

**Landrat Sailer** verweist auf den Extremfall mit 4.400 t im Jahr 2005. Diese Menge könne man nicht immer auf Lager haben. Es werde einen Mittelweg geben müssen. Vielleicht könnten die im Moment vorhandenen Lagerkapazitäten etwas ausgeweitet werden, um über mehr Reserven als bisher zu verfügen.

Zur Umstufung von Kreisstraßen berichtet **Frau Hausotter**, dass die durchgeführten Zählungen derzeit überprüft werden. Danach erfolge eine erste Information an die Gemeinden, damit diese hierzu Stellung nehmen können. Das Thema soll dann in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses behandelt werden.

**Kreisrat Neher** merkt an, dass auch die Kommunen einen massiven Winterdienst hätten. Der Markt Thierhaupten sei ebenfalls gezwungen gewesen, Salz nachzukaufen, wofür derzeit das 3-fache bezahlt werden müsse. Die Verknappung des Salzes sei bewusst erfolgt. Die Mengen wurden zurückgefahren, um bestimmte Preise durchsetzen zu können. Der Landkreis sollte auf jeden Fall die Lagerkapazitäten erhöhen, um nicht so sehr von Zukäufen im Winter abhängig zu sein. Wenn der mittlere Salzverbrauch bei 2.380 t liege, dann reiche eine momentane Lagerkapazität von 1.675 t schlichtweg nicht aus. Die Lagerkapazität sollte daher an den durchschnittlichen Verbrauch angepasst werden. Kreisrat Neher geht davon aus, dass sich die Lage aufgrund der permanenten Wetterwechsel auch nicht mehr großartig verändert wird.

**Kreisrat Durz** verweist auf massive Bestrebungen des Landes, die Kapazitäten auszubauen und große Lager einzurichten. Auf der anderen Seite werde aber nicht mehr Salz produziert.

**Herr Lutz** legt dar, dass es im Sommer kein Problem sei, Salz zu bekommen. Problematisch werde die Situation erst ab Oktober/November.

**Landrat Sailer** schlägt anschließend vor, in einer der nächsten Sitzungen die Kosten für eine Aufstockung der Lagerkapazitäten auf 2.300 – 2.400 t darzustellen und darüber zu informieren, ob hierzu eventuell Lagerflächen angemietet werden könnten.

**Kreisrat Wittmann** fragt nach, ob es für die Zukunft andere Ansätze gebe, die kein Salz mehr erforderlich machen. **Herr Lutz** berichtet von Überlegungen und Versuchen in anderen Ländern, Zuckerlösungen einzusetzen. Es konnten jedoch noch nicht die gewünschten Erfolge erzielt werden, die einen flächendeckenden Einsatz ermöglichen würden.

**Kreisrat Lautenbacher** erklärt, seine Frage gehe in die gleiche Richtung. Auf der einen Seite wolle man freie und sichere Straßen, die andere Seite sei aber die damit verbundene Umweltbelastung. Der Einsatz von Splitt sei ebenfalls nicht ganz billig. Es sollte nochmals europaweit nachgeforscht werden, welche Möglichkeiten und Alternativen es sonst noch geben könnte.

Allein schon die Differenz zwischen Sommer- und Winterpreis rechtfertigt es aus Sicht von **Kreisrat Steppich**, über ein größeres Lager nachzudenken. Die Konzerne werden diese Schiene weiterfahren und gehen mit den Preisen nach oben, sobald der Bedarf steigt. Dem könne man nur entgegen wirken, indem man die Sommerpreise ausnutze.

**Kreisrat Neher** glaubt, dass es mittelfristig keine Alternative zum Salz geben wird. Er habe bei überörtlichen Straßen wie Kreisstraßen einfach einen hohen Anspruch an die Verkehrssicherheit, weshalb gehandelt werden sollte.

**TOP 4 Abwicklung des Kreishaushalts;  
Sachstandsbericht der Sachgebiete 61 und 62  
Vorlage: 10/0334**

Anlagen: Sachstandsbericht Sg. 61  
Sachstandsbericht Sg. 62

**Herr Schwindling** verweist auf die ausgeteilten Tischvorlagen und erläutert daraufhin den Bereich Hochbau, während **Herr Lutz** den Sachstandsbericht für den Tiefbau übernimmt.

Die beiden Sachstandsberichte werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**TOP 5 Kreishaushalt 2011 - 2. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs  
Vorlage: 10/0343**

### Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2011 (Stand: 29.10.2010) wurde am 15.11.2010 in den Kreistag (Vorlage 10/0255) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 8.092.800 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 18.334.900 € enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2011 wurde inzwischen in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

23.11.2010 im Schul- und Kulturausschuss,  
25.11.2010 im Bau- und Umweltausschuss,  
29.11.2010 im Jugendhilfeausschuss,  
01.12.2010 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation und  
06.12.2010 im Kreisausschuss.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden vom 07. bis 15.01.2011 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 29.10.2010 ergeben haben, werden mit dieser Vorlage versandt, ggfs. mit separater Post nachgereicht.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2010 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 16.12.2010 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2011 entschieden. Die Auswirkungen der beschlossenen Bezirksumlageerhöhung um 2,5 %-Punkte werden insbesondere in der Fortschreibung der Kreis Ausschussvorlage beschrieben.

Deshalb enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor große Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus).

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

**Herr Seitz** geht auf die seit der ersten Lesung eingetretenen Veränderungen ein und erläutert insbesondere die in der Zusatz- und Fortschreibungsliste dargestellten Positionen.

### **Lfd. Nr. 3, Zusatzliste (Kreis Ausschuss an Bund Naturschutz – Erhöhungsantrag auf 1.500 €)**

Der Bund Naturschutz hat eine Zuschusserhöhung um 500 € auf 1.500 € beantragt.

**Kreisrat Neher** vertritt die Auffassung, dass in einem Jahr wie 2011 generell keine Erhöhung von Kreiszuschüssen erfolgen sollte.

**Kreisrat Schoner** gibt zu bedenken, dass dem Landkreis durch diese ehrenamtliche Tätigkeit des Bund Naturschutz aber auch viele Kosten erspart bleiben.

**Der Bau- und Umweltausschuss spricht sich gegen eine Ansatzserhöhung aus.**

### **Lfd. Nr. 9 (Brand- und Katastrophenschutz – Landkreisbeteiligung ILS)**

Aufgrund der Finanzplanung des Zweckverbandes wurden bei dieser Position 195.000 € angesetzt. In der letzten Woche ist der Entwurf des Haushalts 2011 beim Landkreis eingegangen. Darin ist eine Erhöhung des Umlagebedarfs um 60 % vorgesehen. Begründet wird dies damit, dass es sich einerseits um die Vorauszahlung für den Betrieb der ILS im Jahr 2011 handelt und andererseits nun die Abrechnung aus dem Jahr 2008 fertiggestellt ist. Als dritte Komponente wird angeführt, dass die ILS zwei Rettungsbereiche abzudecken hat, zum einen den Rettungsdienst und zum anderen die Feuerwehralarmierung. In der Umlage des Landkreises ist jedoch lediglich die Feuerwehralarmierung beinhaltet, da der Rettungsdienst über die Krankenkassen abzufinanzieren ist.

Der zwischen dem Zweckverband und der Stadt Augsburg abgeschlossene Betreibervertrag besagt allerdings, dass Kosten, die im Bereich des Rettungsdienstes von den Krankenkassen nicht erstattet werden, dann vom Zweckverband zu erstatten sind, wenn klargestellt ist, dass diese Kosten berechtigt, wirtschaftlich und sachgerecht waren.

**Herr Seitz** erklärt, er könne zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, ob dieser Haushalt tatsächlich so beschlossen und dann auch umgesetzt werde. Es könnte sein, dass bei dieser Position noch eine Nachbesserung in einer Größenordnung von 100.000 € erfolgen müsse.

**Kreisrat Neher** fragt nach dem Rechnungsergebnis 2010. Dieses betrug laut **Herrn Seitz** 195.420,08 €. **Kreisrat Neher** ist der Meinung, dass vom jetzigen Ansatz keinen Millimeter abgerückt werden sollte. Es könne nicht sein, dass die Krankenkassen sich ausklinken und das Ganze auf die Kommunen abwälzen. **Herr Seitz** wendet ein, dass man kaum etwas dagegen tun könne, wenn der Haushalt von der Verbandsversammlung so beschlossen werde. **Landrat Sailer** gibt zu verstehen, dass er diesen Haushalt in der Verbandsversammlung ablehnen werde.

#### **HhSt. 1300.6316, Fortschreibungsliste (Brandschutz – Dienstversammlung Feuerwehrführungskräfte)**

In diesem Jahr wird die Dienstversammlung vom Landkreis Augsburg ausgetragen, weshalb hierfür 3.000 € in den Haushalt eingearbeitet wurden.

#### **Lfd. Nr. 23, Zusatzliste (Katastrophenschutz – Neubeschaffung einer mobilen Satelliten-/Internetempfangsanlage einschl. Funkbedienteil)**

**Herr Seitz** verweist auf die Erläuterungen des zuständigen Sachgebiets hierzu.

**Kreisrat Baumeister** fragt nach, ob diese Anlage zukunftsfähig sei, wenn der Digitalfunk komme.

**Kreisrat Settele** erläutert, dass der Digitalfunk den jetzigen Analogfunk ersetzen werde. Im vorliegenden Fall gehe es um die Datenübermittlung per EPS-Web. Mit dem Sprechfunk habe dies nichts zu tun.

**Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses befürworten daraufhin diese Beschaffung und somit die Aufnahme von insgesamt 7.000 € in den Kreishaushalt 2011.**

#### **HhSt. 6001.6321, Zusatzliste (Klimaschutzbeauftragte – Kommunalen Wettbewerb „Energetische Optimierung von Wohngebieten“ – Beratungsaufwand)**

Für den Beratungsaufwand soll ein Ansatz in Höhe von 10.000 € in den Haushalt aufgenommen werden.

**Kreisrat Neher** informiert über die Auffassung der SPD-Fraktion, für den Klimaschutz unter der Lfd. Nr. 29 einen pauschalen Ansatz in Höhe von 60.000 € in den Haushalt einzustellen und diese Mittel unter den Vorbehalt der Freigabe durch die zuständigen Ausschüsse zu stellen. Es sei zunächst noch einiges an konzeptioneller Arbeit erforderlich.

**Kreisrat Durz** schließt sich dieser Meinung an, hält jedoch die bereits im Haushalt vorgesehenen Beträge insgesamt für ausreichend. Bei der Fahrt nach Wildpoldsried sei man auf neue Ideen gestoßen, die ebenfalls erst einmal abgeklärt werden müssten.

**Herr Schwindling** verweist darauf, dass man erst wieder eine/n neue/n Klimaschutzbeauftragte/n einstellen müsse und man sich daher ohnehin frühestens im Mai 2011 wieder hiermit befassen könne. Von daher seien die vorgesehenen Beträge völlig ausreichend.

**Der Bau- und Umweltausschuss spricht sich einstimmig für die Beibehaltung der bisher in der Verwaltungsvorlage enthaltenen Ansätze aus.**

**Lfd. Nr. 30 (Straßenunterhaltszuschüsse – Kommunalanteil aus der Kfz-Steuer)**

Auf Nachfrage von **Kreisrat Durz** erklärt **Herr Seitz**, dass der vorläufige Ansatz in Höhe von 257.000 € aus der Finanzplanung stamme und nun auf 259.000 € festgesetzt werden könne.

**Lfd. Nr. 34, Fortschreibungsliste (Kreisstraßenunterhalt – Winterdienst) sowie Erstellung Straßenkataster)**

Die Notwendigkeit der Ansatzserhöhung beim Winterdienst wurde bereits in der letzten Sitzung erläutert. Hinzu kommt die Neuveranschlagung für die Fortschreibung des Straßenkatasters, da Haushaltsreste früherer Jahre in Abgang zu stellen waren.

**Lfd. Nr. 42 (Kleinere Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen)**

**Herr Seitz** verweist auf die im Vorfeld aufgetretene Überlegung, bestimmte Maßnahmen angesichts der Haushaltslage zu schieben. In Abstimmung mit Landrat Sailer werde vorgeschlagen, die Deckensanierung an der Kreisstraße A 2 (OD Mödishofen und B300-Häder) um ein Jahr zu strecken. Beide Streckenabschnitte würden mit 485.000 € zu Buche schlagen, so dass sich der neue Ansatz für die UA I-Maßnahmen auf 441.000 € belaufen würde. Die **Lfd. Nr. 44 (Tiefbaunebenkosten)** müsste ebenfalls entsprechend bereinigt werden. Der neue Ansatz würde demnach 51.000 € anstelle von 88.000 € betragen.

**Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses tragen diesen Vorschlag einstimmig mit.**

Von **Kreisrat Steppich** wird die Staatsstraße von Mickhausen nach Langenneufnach angesprochen, die sich in einem wesentlich schlechteren Zustand als viele Kreisstraßen befindet. Nachdem beim Bund ein Programm für den Staatsstraßenbau aufgelegt werden soll, sollte versucht werden, solche Maßnahmen anzuschieben.

**Kreisrat Settele** informiert darüber, dass die Ortsdurchfahrt Walkertshofen heuer saniert werden soll.

**Lfd. Nr. 45, Fortschreibungsliste (Kreuzung A 11/Panzerstraße Stadtbergen – Lichtsignalanlage)**

Für die Errichtung der Lichtsignalanlage wurde ein Ansatz in Höhe von 100.000 € in den Haushalt eingearbeitet. Die Stadt Stadtbergen wird sich daran mit Kosten in Höhe von 45.000 € beteiligen, die unter der **Lfd. Nr. 55 (Investitionszuweisungen von Gemeinden)** zu berücksichtigen sind.

**Lfd. Nr. 51, Fortschreibungsliste (Rad- und Gehwege – Tiefbaukosten)****Lfd. Nr. 52, Fortschreibungsliste (Rad- und Gehwege – Baunebenkosten)**

Der Ansatz bei Lfd. Nr. 51 wurde von 520.000 € auf 420.000 €, der Ansatz für die Baunebenkosten (Lfd. Nr. 52) von 193.000 € auf 159.000 € reduziert.

**HhSt. 6501.9810, Fortschreibungsliste (Rad- und Gehwege – Investitionszuweisung an Land)**

Für die Investitionskostenbeteiligung des Landkreises am Rad- und Gehweg von Langenneufnach bis zur Landkreisgrenze wurde ein Ansatz in Höhe von 20.000 € vorgesehen.

**Herr Lutz** erläutert, dass dieser Betrag bereits unter Lfd. Nr. 52 enthalten gewesen sei, jedoch Mittel in Abgang zu stellen waren. Nachdem das Staatliche Bauamt die Planung über-

nehme, werde der Planungsanteil des Landkreises nicht an ein Planungsbüro, sondern an das Staatliche Bauamt bezahlt.

#### **Lfd. Nr. 53 (Radwegebeschilderung)**

**Kreisrat Neher** fragt nach, ob für die Beschilderung wirklich ein so hoher Betrag benötigt wird. Hierbei handelt es sich laut **Frau Hausotter** um das Radwegebeschilderungskonzept für den ganzen Landkreis. Der Zuschuss hierfür wurde bereits beantragt, die Vorplanungen laufen.

#### **Lfd. Nr. 54, Fortschreibungsliste (Rad- und Gehwege – FAG-Zuweisungen und GVFG-Zuweisungen)**

Aufgrund entsprechender Zuweisungsbescheide erfolgte eine Anpassung der Ansätze für die FAG-Zuweisungen von 298.000 € auf 188.000 € sowie für GVFG-Zuweisungen von 20.000 € auf 19.000 €

#### **Lfd. Nr. 55 (Investitionszuweisungen von Gemeinden)**

**Herr Seitz** verweist auf die Lfd. Nr. 45 (Lichtsignalanlage Stadtbergen). Aufgrund der Beteiligung der Stadt Stadtbergen ist der Ansatz von 500 € auf 45.500 € zu erhöhen.

#### **HhSt. 6522.3616, Fortschreibungsliste (Bahnbrücke Großaitingen – GVFG-Zuweisungen)**

Nachdem die Zuweisung bereits im Jahr 2010 geflossen ist, musste der Betrag in Höhe von 51.000 € wieder aus dem Haushalt genommen werden.

#### **HhSt. 6527.3620, Fortschreibungsliste (Kreisstraße A 1 OD Dinkelscherben – Baukostenanteil der Gemeinde)**

Als Baukostenanteil der Gemeinde wurden 190.000 € neu veranschlagt, nachdem die Haushaltseinnahmereste aus früheren Jahren in Abgang gestellt werden mussten.

#### **Lfd. Nr. 60 (Kreisstraße A 2 OD Erkhausen)**

**Herr Seitz** informiert aktuell darüber, dass die Förderung für diese Maßnahme im Jahr 2011 nicht fließen wird, weshalb die Maßnahme wieder aus dem Haushalt herausgenommen werden soll.

**Kreisrat Lautenbacher** möchte wissen, ob die Mittel dann für das Jahr 2012 annähernd gesichert sind. **Kreisrat Baumeister** berichtet, dass der Markt Dinkelscherben ebenfalls zwei Straßen beantragt und nicht genehmigt erhalten habe mit dem Hinweis, dass man es 2012 zwar wieder probieren könne, aber nichts zugesagt werde. Es gebe auch keine vorzeitige Baufreigabe.

**Landrat Sailer** meint, es sei müßig, darüber weiter zu spekulieren, weshalb alle Ansätze auf null gesetzt werden sollten.

#### **UA 6536, Fortschreibungsliste (Kreisstraße A 2 OD Rielhofen – GVFG-Zuweisungen)** **UA 6537, Fortschreibungsliste (Kreisstraße A 2 OD Münster – GVFG-Zuweisungen)**

Bei diesen beiden Positionen waren Haushaltseinnahmereste aus früheren Jahren in Abgang zu stellen, die im Haushaltsjahr 2011 neu veranschlagt werden sollen.

**Lfd. Nr. 61 (Kreisstraße A 3 OD Klimmach)**

**Kreisrat Lautenbacher** fragt nach, ob diese Maßnahme unter Umständen auch nach hinten wandern könnte. Die Stadt Schwabmünchen plane im Jahr 2012 eigentlich die Kanalbau-maßnahme.

**Herr Lutz** erklärt, dass eine Verschiebung durchaus denkbar sei.

**Lfd. Nr. 62, Fortschreibungsliste (Kreisstraße A 16 OD Birkach – Tiefbaukosten)**

Ursprünglich wurden für diese Maßnahme keine Mittel im Haushalt veranschlagt. Nun soll ein Ansatz in Höhe von 20.000 € für Vermessungskosten und den Beginn der Planung eingestellt werden.

**Kreisrat Lautenbacher** betont, die Situation sei nicht gerade glücklich. Der Landkreis stelle Mittel für Planungskosten bereit und könne dann mehrere Jahre warten. **Kreisrat Baumeister** gibt zu verstehen, dies sei die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern.

**Kreisrat Sartor** meint, dass dieses Vorgehen nicht schlüssig sei. Es sollten daher eigentlich für alle Maßnahmen lediglich Planungskosten eingestellt werden.

**Herr Lutz** erklärt, es könnte dadurch zu Vollzugsproblemen beim Grunderwerb und bei der Antragstellung kommen. **Kreisrat Sartor** verweist in diesem Zusammenhang auf die vorhandenen Grundstückskaufreserven beim Radwegbau. Diese Ansätze sind laut **Herrn Schwindling** allerdings nicht gegenseitig deckungsfähig.

**Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses erklären sich anschließend einstimmig damit einverstanden, bei dieser Maßnahme einen Ansatz in Höhe von 20.000 € vorzusehen.**

**Lfd. Nr. 64 (Kreisstraße A2 Scherstetten-Konradshofen (Oberbauverstärkung))**

Auch hier ist im Jahr 2011 keine Förderung zu erwarten, weshalb die Einnahmen und Ausgaben auf null gestellt werden können.

**Lfd. Nr. 65, Fortschreibungsliste (Kreisstraße A 20/St 2027 Kreisverkehr Unterschönenberg – GVFG-Zuweisungen)**

**Herr Seitz** erinnert daran, dass für diese Maßnahme überplanmäßige Mittel bereitgestellt wurden, die nicht übertragbar sind. Unter Berücksichtigung der überplanmäßigen Mittel und der Anpassung an das Ausschreibungsergebnis müssen die Tiefbaukosten auf 522.000 €, die Zuwendungen nach GVFG auf 310.000 € und der Baukostenanteil der Gemeinde auf 20.000 € erhöht werden.

**Lfd. Nr. 67 und 68 (Bauhofbeschaffungen)**

**Landrat Sailer** informiert über Gespräche in der CSU-Fraktion, den Ansatz für die Beschaffungen um 200.000 € zu reduzieren. Es werde nun jedoch empfohlen, die mit 175.000 € veranschlagte Ersatzbeschaffung des Lkw vorzunehmen. Für den Stapler sollten Angebote für ein Gebraucht- oder Jahresfahrzeug/Vorführfahrzeug eingeholt werden. Nachdem im Tiefbau einige Ansätze aus dem Haushalt herausgenommen wurden, sollten die Ansätze ansonsten für die Bauhöfe nun so belassen werden.

**Kreisrat Durz** meint, dass der Stapler durchaus auch günstiger beschafft werden könnte.

**Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses beschließen daraufhin einstimmig eine pauschale Ansatzreduzierung um 30.000 € auf 93.000 € bei den Ersatzbeschaffungen unter Lfd. Nr. 68.**

**Insgesamt ergibt sich für den Bauhof Schwabmünchen somit ein Ansatz in Höhe von 94.000 € anstelle von bisher 124.000 €**

#### **Lfd. Nr. 69 (Gebäudeunterhalt sämtlicher kreiseigener Gebäude)**

Bislang sind im Ansatz von 2.735.000 € die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Brandschutzkonzept beim Landrat-Dr.-Wiesenthal-Haus in Dinkelscherben nicht enthalten. Ein Gutachten geht von Gesamtkosten in Höhe von 485.000 € aus. Ein Teil der Maßnahmen konnte 2010 bereits durchgeführt werden. Für 2011 müssten noch ungefähr 450.000 € in die Brandschutzertüchtigung investiert werden, die eigentlich beim Gebäudeunterhalt zu veranschlagen wären. Die Hochbauverwaltung habe mitgeteilt, dass ansonsten vorgesehene Maßnahmen verschoben werden könnten. Dadurch wäre es bei unverändertem Ansatz möglich, die Brandschutzertüchtigung in Dinkelscherben zu schultern.

**Kreisrat Durz** erklärt, er wolle eigentlich mit Blick auf den mehrjährigen Vergleich eine Ansatzreduzierung vorschlagen. In diesem Fall sollte der Ansatz jedoch wie bisher vorgesehen belassen werden.

**Kreisrat Steppich** möchte zur Sanierung des 3. OG bei der Realschule Meitingen wissen, ob es sich damit um den Bereich handelt, der nicht gefördert werde. Dies wird von **Herrn Seitz** bestätigt.

Von **Kreisrat Schoner** wird die Datenerhebung für die energetische Gebäudesanierung angesprochen und angemerkt, dass dies wohl Energiestudien seien, die vergeben werden. **Herr Rohmoser** erläutert, dies sei nicht der Fall. Es handle sich hierbei vielmehr um eine vermessungstechnische Bestandsaufnahme aller Gebäude. Im Jahr 2009 wurden ca. 50.000 € für die Liegenschaften ausgegeben, die für das Konjunkturpaket II angemeldet waren. Nun sei man dabei, mit den restlichen angemeldeten Mitteln die vermessungstechnischen Arbeiten an den Gebäuden durchführen zu lassen. Im Jahr 2010 wurden ca. 150.000 € verausgabt, für das Jahr 2011 seien weitere 100.000 € und für 2012 nochmals 70.000 € eingeplant. Damit wäre die Bestandserfassung dann für alle Gebäude abgeschlossen. **Herr Schwindling** betont, es gehe darum, aktuelle Bestandspläne zu erhalten, um in energetischer Hinsicht künftig auf vernünftigen Datengrundlagen planen zu können.

**Der Bau- und Umweltausschuss spricht sich einstimmig für die Beibehaltung des Ansatzes für den Gebäudeunterhalt in Höhe von 2.735.000 € aus.**

#### **HhSt. 0683.9451, Fortschreibungsliste (Dienstgebäude Augsburg – Sanierung großer Sitzungssaal)**

Im Jahr 2011 sollen für diese Maßnahme 395.000 € veranschlagt werden. Zum großen Teil handelt es sich dabei um überplanmäßig bewilligte Mittel aus dem Jahr 2010, die nicht kassenwirksam geworden sind. Weiter ist eine Kostensteigerung von etwa 150.000 € vorzusehen.

#### **HhSt. 0684.3620, Fortschreibungsliste (Dienstgebäude Gersthofen – Kostenbeteiligung Stadt Gersthofen)**

Vor einiger Zeit wurde die Lüftungsanlage erneuert. Die Stadt Gersthofen hat hierzu eine Kostenbeteiligung in Höhe von 50 % zugesichert. Davon ist die erste Rate im Jahr 2010 eingegangen. Die zweite Rate in Höhe von 16.300 € wird im Jahr 2011 erwartet.



## Hochbaumaßnahmen

**Kreisrat Durz** spricht die zu einzelnen Positionen vorhandenen Haushaltsausgabereste an und möchte wissen, ob dies dazu führt, dass die Mittel im Jahr 2011 nicht in dem Umfang verbaut werden könnten, wie sie im Haushalt enthalten sind.

Dies muss laut **Herrn Schwindling** immer maßnahmenbezogen und individuell betrachtet werden. Im investiven Bereich gebe es keinen Deckungsring. Deshalb müsse in Zusammenarbeit mit den Architekten prognostiziert werden, was effektiv verbaut werden könne. Die Verwaltung prüfe dies nochmals und schlage eine entsprechende Zahl vor.

**Kreisrat Durz** merkt an, der Haushalt sei zu einem Zeitpunkt aufgestellt worden, als man noch nicht gewusst habe, was bis zum Jahresende tatsächlich verbaut werden könne. Zum Teil gebe es nun ganz erhebliche Haushaltsausgabereste, die eventuell noch zu Veränderungen führen könnten. Vielleicht könne zu der einen oder anderen Position noch ein entsprechender Vorschlag gemacht werden.

**Herr Schwindling** legt dar, dass der Gesamtansatz bei der **Realschule Bobingen (Lfd. Nr. 71)** nochmals um 50.000 € reduziert werden könnte, nachdem mittlerweile 78 % der Bauleistungen ausgeschrieben seien.

**Der Bau- und Umweltausschuss spricht sich einstimmig für eine Reduzierung der Gesamtkosten von bisher 3.265.000 € auf 3.150.000 € aus. Der Ansatz 2011 reduziert sich von 415.000 € auf 300.000 €**

### Lfd. Nr. 74, Fortschreibungsliste (Realschule Zusmarshausen – Erweiterung)

Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu TOP 2 sind hierfür nun Gesamtkosten in Höhe von 2.975.000 € vorzusehen. Der erhöhende Betrag wird wohl voraussichtlich 2012 kassenwirksam, so dass der Ansatz in Höhe von 750.000 € im Jahr 2011 belassen werden kann und die Verpflichtungsermächtigung auf 700.000 € erhöht werden sollte.

**Kreisrat Baumeister** vertritt die Auffassung, dass heuer keine 750.000 € verbaut werden können, nachdem erst im Oktober der Spatenstich erfolgen soll. Aus seiner Sicht wäre ein Ansatz in Höhe von 250.000 € ausreichend.

**Der Bau- und Umweltausschuss verständigt sich einstimmig darauf, den Ansatz in Höhe von 500.000 € zu belassen und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 950.000 € vorzusehen.**

### Lfd. Nr. 75 (Gymnasium Gersthofen)

Bei dieser Position wurden die Planungszeiträume nach hinten verschoben, weshalb die Finanzplanungsdaten entsprechend anzupassen sind.

### Lfd. Nr. 77, Fortschreibungsliste (Gymnasium Königsbrunn – Generalsanierung)

Wie bereits vom Bau- und Umweltausschuss beschlossen, wurde der Ansatz in Höhe von 7,0 Mio. € auf 6,5 Mio. € reduziert.

### Lfd. Nr. 78, Fortschreibungsliste (Gymnasium Diedorf – Errichtung)

Für das Gymnasium Diedorf soll für 2011 aufgrund der Ergebnisse aus der ersten Haushaltslesung ein Ansatz in Höhe von 100.000 € vorgesehen werden.

**Kreisrat Neher** erklärt dazu, er habe nichts gegen die 100.000 € einzuwenden. Solange aber keine Planung vorliege, sollte auch keine Verpflichtungsermächtigung eingestellt werden.

Von **Herrn Schwindling** wird mitgeteilt, dass die Machbarkeitsstudie demnächst vorgestellt werden soll.

**Herr Seitz** erläutert, dass die Verpflichtungsermächtigungen sich aufgrund des vom Ausschuss beschlossenen Szenarios „Entzerrung“ ohnehin verändert haben. Augenblicklich würde die Verpflichtungsermächtigung für das Gymnasium Diedorf nicht 9.150.000 €, sondern 4.650.000 € betragen. Weitere Beträge würden sich aufgrund des Szenarios aus dem Investitionsprogramm erst ab dem Jahr 2014 abbilden.

**Landrat Sailer** bittet darum, die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 750.000 € zu belassen. Auch hier werde der Zeitplan enger sein, als dies zuletzt besprochen wurde.

**Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses befürworten diesen Vorschlag.**

#### **Lfd. Nr. 79, Fortschreibungsliste (Berufliche Schulen Neusäß – Umbau und Erweiterung)**

Der Ansatz für 2011 soll von 700.000 € auf 0 € gekürzt werden, da noch Haushaltsreste in Höhe von 400.000 € zur Verfügung stehen, die ausreichen, um 2011 handlungsfähig zu sein.

Auch bei dieser Position vertritt **Kreisrat Neher** die Auffassung, dass die Verpflichtungsermächtigung gestrichen werden sollte, da noch keine Planung vorliegt.

**Landrat Sailer** bittet darum, die Verpflichtungsermächtigung als Signal im Haushalt zu belassen.

**Dem Vorschlag, aufgrund der vorhandenen Haushaltsreste keine weiteren Beträge in 2011 vorzusehen, schließt sich der Bau- und Umweltausschuss einstimmig an.**

#### **HhSt. 6011.6550, Fortschreibungsliste (Sachverständigenkosten – Anwaltskosten VHB u. a.)**

**Herr Seitz** informiert darüber, dass dieser Haushaltsansatz aufgrund der derzeit anhängigen Rechtsstreitigkeiten von 20.000 € auf 50.000 € erhöht wurde.

#### **Lfd. Nr. 82 (Gutachterkosten – Datenerhebung für energetische Gebäudesanierung)**

**Herr Seitz** wirft die Frage auf, ob dieser Ansatz im Jahr 2011 eventuell etwas reduziert werden könnte. Anstelle des Ansatzes von 105.000 € wäre vielleicht auch ein Ansatz von 40.000 € ausreichend.

**Herr Rohmoser** berichtet, dass 40.000 € ausreichen würden, um das Paul-Klee-Gymnasium vermessungstechnisch aufzuarbeiten. Die restlichen Maßnahmen könnten auch ein Jahr später durchgeführt werden.

**Der Bau- und Umweltausschuss beschließt einstimmig eine Ansatzreduzierung von 105.000 € auf 40.000 €**

**Kreisrat Sartor** verweist auf die von Herrn Seitz am 29.10. und 21.12.2010 gelieferten Vorinformationen, die auch die zukünftigen Jahre betreffen. Er fragt nach, was die heutigen Be-

schlüsse bewirken und ob dadurch im nächsten Jahr wieder über neue Umlagensätze diskutiert werden müsse oder man vorausschauend sagen könne, dass die jetzt gemachten Investitionen bei gleich bleibender Steuerkraft ohne neue Schulden und bei gleicher Kreisumlage geschultert werden können.

**Herr Seitz** erklärt, dass den Landkreis in diesem Jahr nicht die eigenen Zins- und Tilgungsleistungen in Schwierigkeiten gebracht haben, sondern ganz andere Faktoren, wie die Erhöhung der Bezirksumlage, enorme Probleme bereitet haben. Er halte es für unwahrscheinlich, dass sich die Situation in den kommenden Jahren entspannen werde, wenn man sehe, welche ganz wesentliche Aufgabe der Bezirk Schwaben habe. Die aus den heutigen Beschlüssen resultierenden, zukünftigen Tilgungs- und Zinsleistungen werden bei planmäßiger Abwicklung der Maßnahmen zu einer Erhöhung der Verschuldung von bisher 32 Mio. € auf etwa 70 Mio. € führen.

**Kreisrat Sartor** fragt nach, ob dies in der jetzt beschlossenen Größenordnung immer noch verantwortbar ist.

Augenblicklich hat der Landkreis nach Mitteilung von **Herrn Seitz** im bayerischen und schwäbischen Vergleich eine relativ geringe unmittelbare Verschuldung. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 130 € liege man weit unter dem Durchschnitt. Rechne man jedoch die mittelbaren Schulden hinzu, dann sei die Verschuldung im bayernweiten Vergleich schon überdurchschnittlich.

Anschließend informiert **Herr Pabel** darüber, dass sich durch die heute gefassten Beschlüsse eine Reduzierung des ungedeckten Bedarfs um 649.000 € ergibt. Der Kreditbedarf reduziere sich etwa um 1 Mio. €.

### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2011.

Die ergänzte Bau- und Umweltausschussvorlage zum Kreishaushalt 2011 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

### **TOP 6**    **Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

### **TOP 7**    **Wünsche und Anfragen**

- keine -

26. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses 20.01.2011